



60 Jahre Liberale Partei in Thüringen

von Patrick Kurth

Anfang April 1945 beeinflusste eine Gruppe ehemaliger DDP-Mitglieder mit Erfolg den Weimarer Stadtkommandanten, er möge die Stadt kampfflos an die heranrückenden Amerikaner übergeben. Diese Gruppe traf sich zuvor, um die Wiederherstellung politischer Strukturen vorzubereiten. Sie wurde nach Einnahme der Stadt die Keimzelle für die liberale Partei in Thüringen. Noch im April, Adolf Hitler lebte noch, nahmen sie Positionen in der neuen Verwaltung ein. Anbetrachts der Tatsache, dass anderswo noch gekämpft und gestorben wurde und in den meisten Teilen Deutsch-



lands erst Monate später erste Politikschriffe versucht wurden, ein außerordentlich bemerkenswerter Vorgang. Thüringen nahm eine Sonderstellung ein. Die Liberalen - in der SBZ überhaupt sehr erfolgreich - vermochten sich lange gegen den Machtanspruch der SED zu behaupten. Erst Anfang der 50er Jahre, nach zahlreichen Verhaftungen, vielen Verurteilungen und einer regelrechten Fluchtwelle, wurde die Partei in das BlocksysteM verwiesen - als letzte der Blockparteien. Der liberale Freisinn und Freiheitswille blieb in einem bestimmten Maß bis zum Ende der DDR der LDPD.

Weitere Berichte: S. 6 und 7.

Kommentar

Verfassungsbruch

von Dirk Bergner, VLK-Chef

Nein, es ist nicht irgendein bedeutungsloses Positionspapier, über das sich Thüringens Landesregierung scheinbar müßelos hinwegsetzt. Es ist die Thüringer Verfassung. Die verpflichtet den Freistaat, dafür Sorge zu tragen, dass die Träger der kommunalen Selbstverwaltung ihre Aufgaben erfüllen können. „Pfeif drauf“, scheint sich die Staatskanzlei zu sagen. „Mehrheit ist Mehrheit, und wir nehmen den Kommunen einfach mal 220 Mio. Euro Einnahmen weg.“ Die Kommunalpolitiker in den Reihen der CDU-Landtagsfraktion scheinen Stromlinienförmigkeit vor kommunale Belange zu setzen. Doch noch nicht einmal bei diesen existenziell gravierenden Mindereinnahmen bleibt es. Schon wollen die ebenfalls defizitären Landkreise die Umlagen erhöhen. Zu Lasten der Kommunen, die ohnehin nicht mehr wissen, wie das gehen soll. Den freien Trägern der Kindergärten sollen die Zuschüsse für Sachkosten gestrichen werden. Folgerichtig stehen sie bereits beim Bürgermeister auf der Schwelle. Ganz nebenbei kommen die Daten für brauchbare Haushalte erst im Februar. Pfeif auf die Kommunalordnung. Pfeif auf die Firmen, die krachen gehen. Mehrheit ist Mehrheit. Dieses Spiel dürfen liberale Kommunalpolitiker nicht mitmachen, wollen sie sich nicht in der Bevölkerung als vermeintlich Schuldige dingfest machen lassen für die unvermeidbaren Streichungen, Kürzungen, Schließungen. Benennen wir die Verantwortlichen in der schwarzen Alleinregierung: Mehrheit ist Mehrheit!

Merkwürdiges CDU-Mandat

(pak) Nicht ganz Wasserdicht scheint der Übertritt eines FDP-Abgeordneten zur CDU zu sein. Zur Kommunalwahl 2004 wurden in den Kreuzgebraer Gemeinderat vier Parteilose über die FDP gewählt. Die CDU stellte ebenfalls vier Mitglieder. Also zwei gleichstarke Fraktionen. Ein FDP-Abgeordneter konnte wegen eines Knieschadens seinen Beruf nicht mehr ausüben. Nach der Wahl wechselte er zur CDU-Fraktion. Er habe als Arbeitssuchender von Ministerpräsident

Dieter Althaus persönlich eine Umschulung versprochen bekommen. Der Parteilose mit FDP-Mandat trat der CDU bei und wechselte die Fraktion. Dem Ex-FDP-Abgeordneten ist seine Entscheidung nicht zu verübeln. Gegen solche Angebote kann eine Kreis-FDP jedenfalls nicht ankommen.

Dieter Althaus selbst zeigte sich auf Nachfrage der TLZ-Heiligenstadt völlig überrascht. Er kenne den parteilosen Arbeitssuchenden im Kreuzgebraer Ge-

meinderat zwar, habe ihm aber natürlich nie ein solches Angebot unterbreitet. Dass jemand für die FDP in einen Gemeinderat gewählt wird und anschließend der CDU-Partei und Fraktion beitrifft, ist außergewöhnlich. Ob Althaus tatsächlich, wie vom Abgeordneten behauptet, seinen Einfluss geltend machte, ist nicht nachweisbar. Wäre dies der Fall, könnte man sich tatsächlich an weißrussische oder kolumbianische Demokratieverhältnisse erinnern fühlen.

Gnauck spricht vor VLK

(pak) Noch ist nichts genaues bekannt. Nur soviel: Der Freistaat wird den Kommunen erhebliche Finanzmittel kürzen. Normalerweise hätte Klarheit bestanden, wenn der Landtag den Landeshaushalt pünktlich zum Herbst verabschiedet hätte. Was selbst Rot-Grün in Berlin schaffe, könne die Landesregierung offenbar nicht leisten, kommentierte FDP-Generalsekretär Patrick Kurth den Vorgang. Der Haushalt wird wahrscheinlich im Februar verabschiedet. Dann können die Kommunen an ihre Finanzplanungen gehen. Bis dort der Haus-



Jürgen Gnauck

halt steht und dieser von der Kommunalaufsicht bestätigt ist, ist Mai. Bis dahin hängen die Kommunen in der Luft: Die vorläufige Haushaltsplanung lässt keine Investitionen zu. Für die Regionalwirtschaft ein herber Schlag.

Seit die Pläne bekannt wurden geht der Gemeinde- und Städtebund ebenso strikt gegen die Einschnitte vor, wie die VLK. Vor Ort kann die Situation nämlich höchst dramatisch werden. Selbst die Vorzeigestadt

des Osten, Jena, muss trotz eines liberalen Oberbürgermeisters mit der Finanznot kämpfen. „Hier geht es nicht mehr um irgendwelche schmerzhaften Kürzungen, hier geht es ums Eingemachte.“, so der VLK-Landesvorsitzende Dirk Bergner.

Die liberalen Kommunalpolitiker werden sich am 17.2. intensiv zur Finanzlage austauschen. Dazu hat die VLK Verstärkung beordert.

Sprechen wird zur VLK-Versammlung Jürgen Gnauck, Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebundes.

VLK-Versammlung mit Jürgen Gnauck.
17.2.05, 18.00 Uhr
Hopfenberg Erfurt

Landesgeschäftsstelle

Neues Jahr

Neuer Schwung

Ich wünsche allen Parteifreunden ein schönes, kraftvolles und vor allem gesundes neues Jahr.



Für die Geschäftsstelle begann es mit neuer Adresse und neuen Schwung. Und damit nicht die Adresse des Landesverbandes neu, die Nachlässigkeiten aber die alten bleiben,

dieser Stelle ein Appell: Bitte kümmern Sie sich umgehend um die Abrechnung Ihrer Aufwandsspenden! Die Ausgaben, die Sie im letzten Jahr für die Partei oder im Auftrag der Partei getätigt haben, können und sollten Sie steuerlich geltend machen. Dem Landesverband und vor allem Ihnen geht sonst bares Geld verloren. Für uns ist jede Abrechnung wichtig, auch wenn es sich nur um „ein paar Euro“ handelt. Für Ihre Eingaben der Spenden erhält unser Verband zusätzliche Mittel nach dem Parteienfinanzierungsgesetz. Die Abrechnung geht sehr schnell mit einem einfachen zu bedienenden Computertabelle, die wir Ihnen per Mail zusenden können. Die üblichen Formulare gibt es wie immer in der Landesgeschäftsstelle. Sollten Sie Fragen dazu haben, hilft Ihnen Ihr Kreisschatzmeister gern. Oder wenden Sie sich an die Landesgeschäftsstelle.

Übrigens würden wir uns sehr über weitere Spenden, insbesondere Sachspenden freuen. Sicher findet sich doch ein Unternehmer in unseren Reihen, der die Rechnung für den Kopier-Toner übernimmt. Oder eine Kiste Briefmarken sponsort. Oder Kopierpapier. Oder, oder, oder ... Möglichkeiten gibt es viele. Setzen Sie sich mit uns in Verbindung.

Ihre Andrea Fiddeke

Andrea Fiddeke ist Leiterin der Landesgeschäftsstelle und gibt in den ThL-Ausgaben an dieser Stelle ihre Hinweise zum Geschäftsbetrieb der FDP.

Bildungsland Mitteldeutschland / von Uwe Barth, FDP-Landeschef

Es kommt keine Ruhe in die Debatte um die Bildungspolitik. Das ist gut so, denn unser Bildungssystem hat großen Reformbedarf. Leider wird die Debatte oft unsachlich und mit Hilfsargumenten geführt. Das ist schlecht, denn damit ist keinem geholfen, das System nimmt zusätzlich Schaden.

1997 sagte Roman Herzog in einer Rede zum Aufbruch in der Bildungspolitik: „Wer sich den höchsten Lebensstandard, das beste Sozialsystem und den aufwendigsten Umweltschutz leisten will, der muss auch das beste Schulsystem haben.“ Aus den verschiedenen PISA-Studien wissen wir, dass diese Beschreibung auf unser Bildungssystem leider nicht zutrifft - zuletzt sind nun auch die Kindergärten in Deutschland durchgefallen.

Bei einer Ursachenanalyse fallen viele Unzulänglichkeiten auf. Die Ausbildung der Pädagogen ist nicht erst seit heute in der Kritik. Ihre Motivation sinkt, was auch, aber nicht nur, mit der Bezahlung zu tun hat. Knappe Kassen er-

zwingen in Verbindung mit (vorübergehend?) abnehmenden Schülerzahlen allerorten Schulschließungen. Problematisch ist auch das mangelnde Bewusstsein um den Wert und die Bedeutung von Bildung in vielen Elternhäusern. Vor allem aber entzündet sich die Diskussion immer wieder an der bildungspolitischen Kleinstaaterei, am Festhalten an der fast ausschließliche Länderkompetenz. Dies wird auch in unserer eigenen Partei häufig zur Glaubensfrage stilisiert. Forderungen nach mehr Einheitlichkeit im Bildungswesen erhalten umgehend mehr oder weniger sachliche Argumente zur Antwort. Da es in den Neuen Ländern andere bildungspolitische Erfahrungen gibt, ist es nicht nur unsere Chance, sondern auch unsere Aufgabe, diese in die Debatte einzubringen. Und kaum etwas wirkt in einer Debatte besser, als ein positives Beispiel. Eine Ver-



einheitlichung oder zumindest eine spürbare Angleichung von Schulstrukturen, Lehr- und Prüfungsplänen oder auch nur Schulzeiten wird es in absehbarer Zeit bundesweit nicht geben.

Also sollten die drei mitteldeutschen Länder diesen Weg gehen. Dieser Vorschlag fand bei den Vorsitzenden der mitteldeutschen FDP-Landesverbände Zustimmung, unsere Resonanz in der Bevölkerung ist beachtlich. Das „Bildungsland Mitteldeutschland“ kann beispielgebend für eine vernünftige Angleichung werden, ohne dass dadurch der Föderalismus in Gefahr und dem Abendland der Untergang droht. „Deutschlands Schatz liegt zwischen den Ohren seiner Menschen, wir müssen ihn nur heben.“ Klarer als mit diesem Satz unseres Bundesvorsitzenden kann die Aufgabe der Bildungspolitik nicht beschrieben werden.

Gegendarstellung

Kein Stühlerücken im Landtag PDS weist ThL-Artikel zurück

(pak) Die Dezember-Ausgabe der ThL berichtete über die komplette Neuausstattung eines neuen Büros des PDS-Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow nach der Landtagswahl. Der Artikel ging darauf ein, dass Herr Bodo Ramelow als PDS-Fraktionschef im Gegensatz zu seiner Vorgängerin Gabriele Zimmer darauf bestanden habe, ein größeres Büro zu beziehen. Dies samt Neuausstattung des Zimmers habe dem Steuerzahler ca. 60.000 Euro gekostet, „munkelt man auf den Landtagsfluren“, so der ThL-Artikel.

Nach dessen Veröffentlichung wandte sich der zur fraglichen Zeit amtierende PDS-Fraktionsgeschäftsführer Albold an die Redaktion und wies den Artikel zurück. Die dargestellten Fakten entbehrten jeglicher Grundlage, seien falsch und trügen verleumderischen Charakter. Albold stellte fest, dass durch den Artikel der Verdacht aufkommen könnte, Bodo Ramelow trete mit zwei Gesichtern auf. In seiner Antwort verwies Redaktionsleiter Patrick Kurth darauf, dass der Sachverhalt der FDP in dieser Form zugetragen wurde und die Informationsquelle selbst weder aus der FDP noch deren Umfeld stamme. „Die Redaktion hat diese Informationen samt deren Urheberschaft geprüft und als glaub-



Zurückgewiesen: ThL-Artikel vom Dezember

haft eingestuft. Ausdrücklich hebe ich hervor, dass der im Artikel dargestellte Sachverhalt seitens der FDP nicht, wie Sie evtl. annehmen könnten, frei erfunden wurde. Einen ähnlichen Vorgang in jeder anderen Fraktion hätten wir ebenfalls in dieser Form dargestellt.“

so Kurth in seinem Schreiben. Bereits bei Drucklegung der Dezemberausgabe hatte die Redaktion bezüglich des Artikels einen entsprechenden Reaktionsraum freigehalten. Unseren Lesern möchten wir deshalb an dieser Stelle mitteilen:

Nach Angaben der PDS-Landtagsfraktion wurde das Büro des PDS-Fraktionschefs Bodo Ramelow nicht unter außerordentlichen Belastung der Steuerzahler eingerichtet. Die in dem Artikel in Bezug auf Bodo Ramelow wiedergegebenen Sachverhalte entbehren nach Angaben der PDS-Landtagsfraktion jeglicher Grundlage. Ausdrücklich stellt die Redaktion fest, dass durch den Artikel nicht der Eindruck entstehen sollte, Herr Bodo Ramelow trete mit zwei Gesichtern auf. Wir bitten unsere Leser bei nochmaliger Lektüre des Artikels oder auch bei Gesprächen mit Bürgern zu diesem Thema zu beachten, dass die Sachverhalte von der PDS zurückgewiesen wurden.

Ökologischer Fundamentalismus in Deutschland

von Matthias Purdel, Friedrich-Naumann-Stiftung

Ökologischer Fundamentalismus? Ist es nicht vermessen den Terminus Ökologie überhaupt in diesem Kontext zu verwenden? In unserer von den Medien bestimmten Zeit lauten die Kausalketten Ökologie-Frieden-Gerechtigkeit auf der einen Seite und Globalisierung-Krieg-soziale Kälte auf der anderen Seite. Es ist unter jungen Leuten trendy, an

das „ökologische Gewissen“ zu appellieren. Ein Trend mit verheerenden Folgen für den Liberalismus. Warum? Weil hier schon vor Jahrzehnten damit begonnen wurde, Freiheitsrechte mit ökologischem Aktionismus zu unterminieren, eine Entwicklung, die inzwischen eine Eigendynamik besitzt, welcher ökologischer Fundamentalismus genannt werden kann. Denn der Begriff Fundamentalismus hat sich längst über die Grenzlinie seiner religiösen und nichtreligiösen Deutung hinweggesetzt. Er wird nur als Strukturbegriff verwendet, welcher eine willkürliche Selbstabschließung vom Denken und Handeln gegen Kritik und Alternativen bezeichnet. Im klassischen Sinne ist Fundamentalismus eine Bewegung gegen Aufklärung und die pluralistische Gesellschaft, gegen Zumutung des „selber Denkens“, der Eigenverantwortung, der Begründungspflicht, der Unsicherheit und der Offenheit. Was er bietet, ist die Sicherheit absoluter Fundamente.

Die Frage muss erlaubt sein, ob es sich bei Teilen der Grünen um eine säkularisierte Form des Fundamentalismus handelt und ob diese, mit dem Eifer religiöser Fanatiker, eine Ideologie vertreten, die in immer mehr an Akzeptanz gewinnt und an ihrer Basis immer extremere Formen annimmt. Ihnen ist immanent die fundamentale Ablehnung des freien Wirtschaftssystems. Ihre Vorstellungen sind weitestgehend eine Reaktion auf die empfundenen Ungerechtigkeiten unseres ökonomischen Systems und seiner Veränderungen. Wollten die Grünen Mitte der achtziger Jahre die

Computer aus den Schulen verbannen, so verteufeln sie heute Gentechnologie, Transrapid oder

Die Grünen: Früher gegen Computer in Schulen, heute gegen Gentechnologie und Transrapid.

Neuentwicklungen auf dem Gebiet der Biotechnologie. Die Bundesrepublik droht den Anschluss an diese Entwicklungen zu verpassen, wenn dieser ökologische Fundamentalismus weiter wuchert. Inzwischen haben die Grünen eine Europäische Grüne Partei gegründet, um ihren Ökofundamentalismus europaweit zu propagieren. Selbstver-

Ökologischer Aktionismus unterminiert Freiheitsrechte

Zentralismus als Allheilmittel

ständiglich werden sie versuchen, das Europäische Parlament mit möglichst zentralistischen Befugnissen auszustatten, um es für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Wie anders lässt es sich sonst erklären, dass der Grünen Abgeordnete des Europäischen Parlamentes, Johannes Voggenhuber, einem vergangenem EU-Gipfel bescheinigt: „Eine gewaltige Chance Europas zu viel Größerem wurde vertan, da bei den Änderungswünschen nur Egoismus, Nationalismus, Feudalismus und Eigenbrötelei herausgekommen seien.“ Dies zeigt eindeutig, in

Es muss zur täglichen Schwarzbrotarbeit werden, den ökofundamentalistischen Tendenzen die politische Stim zu bieten.

welchem fundamentalistischen Lager seine ideologische Heimat anzusiedeln ist. Weder Pluralismus wird akzeptiert, noch die klare Abgrenzung und Verteilung von Kompetenzen zwischen EU und Mitgliedsstaaten. Vor allem manifestiert sich die Ablehnung des Subsidiaritätsprinzips in diesen Äußerungen und der Wunsch nach ausgeprägten Zentralismus, denn nichts scheut der Fundamentalismus mehr, egal welcher Ausrichtung, als Dezentralität mit geringem Regelungsumfang. Wer ein Europa ablehnt, das sich für einen Wettbewerb zwischen den einzelnen Teilstaaten ausspricht, wer ein solches Europa als „Villa Kunterbunt“ bezeichnet, so Voggenhuber, zeigt in signifikanter Weise, wie weit er und seine Partei sich vom demokratischen Spektrum der Meinungsbildung entfernt haben.

Es muss nun zur täglichen Schwarzbrotarbeit aller demokratischen Kräfte werden, diesen ökofundamentalistischen Tendenzen die politische Stirn zu bieten. Nur eine liberale Ordnung kann Demokratie, Freiheit und Wohlstand durch Wettbewerb in sichern.

Matthias Purdel ist Landesbeauftragter Thüringen der Friedrich-Naumann-Stiftung

Säkularisierte Form des Fundamentalismus bei Teilen der Grünen zu finden.

Diese Mitglieder haben 2004 keinen Mitgliedsbeitrag bezahlt:

Überschriften machen neugierig, Werbung auch. Werbung in der Thüringen Liberal weckt Neugierde und	findet den Weg zu einer ausgesuchten und ausgezeichneten Leserschaft in ganz Thüringen	Es lohnt	sich in der Zeitschrift der FDP Thüringen zu werben. Sie fördern damit nicht nur die Öffentlichkeitsarbeit	sondern auch den Liberalismus in Thüringen. Schalten Sie Ihre Anzeige in Thüringen Liberal
--	--	----------	--	--

Zu Möglichkeiten der Werbung und Preise für Anzeigen wenden Sie sich an: pressestelle-thueringen@fdp.de

Meldungen aus dem Verband

Eine **Fusion** des Landkreises Schmalkalden-Meiningen mit dem Wartburgkreis sei „eine interessante Idee“, die wirtschaftlich gesehen noch interessanter sein könnte, sagte der Kreis- chef von „SM“, Lutz Recknagel, zum Dreikönigstreffen der Liberalen in Dreißigacker/Meiningen.

Zwischen Weihnachten 2004 und dem zweiten Januarwochenende 2005 war FDP-Landeschef Uwe Barth bundesweit der meist genannte FDP-Landespolitiker in Presse, Funk und Fernsehen. Dies ergab eine interne Auswertung der Pressestelle. Bei Einbeziehung aller FDP-Politiker wurden im genannten Zeitraum nur noch Parteichef Guido Westerwelle und Generalsekretärin Cornelia Pieper öfter genannt als der Vorsitzende der Thüringer Liberalen. Zurückzuführen ist die enorme Presse auf eindeutige Positionierung Barths zur Bildungspolitik und zur Frage der Generalsekretärin.

Die FDP Nordhausen hat feierlich ihre neue Geschäftsstelle eröffnet. Eine angemietete Ladenzeile in der Innenstadt beweist Bürgernähe und Transparenz.

Die Mitgliederzahl der FDP Thüringen war 2004 nur unbedeutend rückläufig. Die Differenz zwischen Ein- und Austritten betrug einen Minus von neun Mitgliedern auf derzeit 2260.

Die Jungen Liberalen – eine Erfolgsgeschichte

Politischer Nachwuchs stellt sich vor

Bereits Ende 1988 gründete sich innerhalb der LDPD einige lokale Jugendgruppen, die sich im November 1989 zur Jungliberalen Aktion (JuliA) zusammenschlossen und offiziell als DDR-weit agierender Jugendverband an die Öffentlichkeit trat. Nach ersten Kontaktaufnahmen zwischen westdeutschen JuLis und der JuliA kam es schnell zu Fusionsverhandlungen, die schließlich am 8./9. September 1990 ihren Höhepunkt in der Vereinigung der beiden Jugendorganisationen im Berliner Reichstag fand. Die Jungen Liberalen in Thüringen behielten ihren traditionsreichen Namen JuliA noch bis 2002, bis auf dem Landeskongress beschlossen wurde, den Verbandsnamen an den des Bundesverbandes anzupassen.



von Christoph Burmeister,
Landesvorsitzender der Jungen Liberalen

Weniger bekannt ist, dass die westdeutschen JuLis und der JuliA kam es schnell zu Fusionsverhandlungen, die schließlich am 8./9. September 1990 ihren Höhepunkt in der Vereinigung der beiden Jugendorganisationen im Berliner Reichstag fand. Die Jungen Liberalen in Thüringen behielten ihren traditionsreichen Namen JuliA noch bis 2002, bis auf dem Landeskongress beschlossen wurde, den Verbandsnamen an den des Bundesverbandes anzupassen.

Junge Liberale – unser Selbstverständnis

Wir Jungen Liberalen sind zwar der offizielle Jugendverband der FDP. Dennoch sind wir organisatorisch von unserer „Seniorenorganisation“ unabhängig. Daher müssen Mitglieder der JuLis auch nicht Mitglied der FDP sein. Egal, ob Schüler, Student, Auszubildender, Berufstätiger, Wehr- oder Zivildienstleis-

tender, Frau oder Mann, jeder zwischen 14 und 35 kann bei uns mitmachen.

In der FDP

Aber wir JuLis wollen unsere politischen Ideen mit und in der

spektakulären Aktionen in der Öffentlichkeit auf uns aufmerksam machen.

JuLis – FDP-Vordenker

Viele von der FDP heute vertretenen Positionen sind ursprünglich von den Jungen Liberalen entwickelt worden und mussten in der FDP erst durchgesetzt werden, etwa die Forderung nach einem einfachen Steuermodell mit nur noch drei Tarifen oder die nach der Aussetzung der Wehrpflicht. Und auch personell mischen wir mit: Nicht nur der Bundesvorsitzende Guido Westerwelle, auch unser Landeschef Uwe Barth begannen ihre politische Karriere bei den Jungen Liberalen.



Osteraktion „Wir legen Ihnen keine faulen Eier ins Nest“ Gelungene Aktion im Frühjahr 2004. Burmeister als Hase mit offensichtlicher Zustimmung zur politischen Botschaft.

FDP durchsetzen: Indem wir frech, selbstbewusst und manchmal auch hartnäckig unsere Positionen vorbringen. Und mit manchmal

Zur Zukunft

Trotzdem gibt es für uns noch viel zu tun: Legalisierung weicher Drogen, die Abschaffung der Zwangsgliederschaft in IHK und Handwerkskammern, oder die langfristige Umstellung sämtlicher Sozialversicherungen vom Umlage- hin zum Kapitaldeckungsverfahren sind nur einige Forderungen, bei denen die JuLis der FDP einige Jahre voraus sind.

Daten und Fakten – Junge Liberale

Gegründet: 1980, in Thüringen 1989
Mitglieder: 11.000, in Thüringen 150

Landesvorstand:

Vorsitzender: Christoph Burmeister, 20, Weimar
Stellvertretende Vorsitzende Organisation: Alexandra Leykauf, 23, Jena
Stellvertretender Vorsitzender Programmatik: Gerhard Jahns, 23, Jena
Schatzmeister: Kevin Vogel, 25, Weimarer Land
Beisitzer: Thomas Nitzsche, 28, Jena
Beisitzerin: Tina Störmer, 19, Weimar

Geschäftsstelle: Wagnergasse 11, 07743 Jena

Kontakt: Tel./Fax: 03641-446444

Mail: thueringen@julis.de

www.julis-thueringen.de



Barth und Burmeister (l.) zur Aktion „Nehmt dem Thüringer Löwen die Augenbinde ab“ im Frühjahr 2004.

Zum Finanzkonzept des Landesverbandes

Solide Basis bis 2009 erfordert eiserne Hand

(pak) „Finanzen“ - so heißt der Tagesordnungspunkt, der mittlerweile ständiger Bestandteil der Landesvorstandstagesordnungen ist. Landeschef Uwe Barth legte dieses Thema nach seiner Wiederwahl mit den Worten „der kommt erst wieder runter, wenn unsere Finanzlage zufriedenstellend ist“ als ständigen Tagesordnungspunkt fest. Dass die Partei finanzpolitisch nicht auf Rosen gebetet ist, dürfte bekannt sein. „Wir sind handlungsfähig, wenn wir die Einnahmenseite stärken. Bei den Ausgaben können wir nicht mehr viel machen.“, so Schatzmeister Frank-André Thies. Und in der Tat herrscht im Verband seit 2000 ein rigider Sparkurs.

Seit 2000 rigider Sparkurs im Landesverband

schneidung bleibt, der Umzug der Geschäftsstelle senkte die Kosten nochmals und neue Technik löste Geräte ab, die beträchtliche Kosten verursachten. „Wo wir noch Kosten senken konnten, haben wir es getan.“, versichert Thies. Es sei aber ein Punkt erreicht, wo weitere Einsparungen verbandschädlich werden. Denn bestimmte Ausgaben müssen sein, so

Thies: „Wer möchte schon einen Parteitag in einer Bier-spielunke durchführen? Und



Herr der Zahlen:
Schatzmeister Frank-André Thies

ben außerhalb des Wahlkampfes nur, wenn der Verband selbst alles getan hat, um die Finanzlage zu verbessern. Der Schatzmeister kann Antwort geben: „Den Luxus einer weit unterdurchschnittlichen Umlage kann sich die Thüringer FDP nicht mehr leisten.“ FDP-Landeschef Barth kommentiert trocken: „In Sachsen oder Sachsen-Anhalt, ja selbst Mecklenburg-Vorpommern gilt eine deutlich höhere Umlage.“

Höhepunkt war der Landtagswahlkampf 1999 mit phänomenal hohem Budget und phänomenal niedrigem Wahlergebnis. Die Ausgabep Praxis, die Kostenhöhe, der fehlende Sparwille und die verfehlte Stärkung der Einnahmenseite in den 90er Jahren fällt dem Verband bis heute auf die Füße. Alt-Schatzmeister Wolfgang Graichen hat mit dem neuen Jahrtausend einen rigiden Sparkurs angesetzt, Mitarbeiter entlassen, teure

Es gibt Pflichten und Verantwortungen

von Landesschatzmeister Frank-André Thies

Jeder Verband, egal welcher Art, braucht eine gute Struktur, ein festes Grundfundament, um funktionieren zu können. Dieses Fundament besteht v.a. aus einem selbsttragenden Finanzierungssystem. Der Verband muss aus sich selbst heraus finanzierbar sein, um Unabhängigkeit zu bewahren. Das Beitragsaufkommen muss die Grundsicherung des Verbandes und Grundkosten eines Wahlkampfes decken. Jedes einzelne Mitglied trägt dafür Verantwortung. Jedes einzelne Mitglied hat die Pflicht, dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Für jedes Mitglied der FDP, unsrer FDP, besteht die Verantwortung insbesondere in zwei Bereichen: **die Beitragsehrlichkeit** und **die Pflicht zum Aufwandsnachweis**.

Notwendig ist für das Funktionieren unserer Partei, dass unsere Mitglieder einen ihren sozialen Verhältnissen entsprechenden Beitrag zahlen. Es ist unfair und gegenüber den Parteifreunden unkameradschaftlich, wenn man seine Beiträge nicht in der satzungsmäßigen Höhe

begleicht. Sicher, Ausnahmen soll es geben, sie können aber nicht die Regel werden. Wo kommen wir hin, wenn Angestellte im höheren Dienst, wenn Meister oder Wissenschaftler genauso viel Beitrag zahlen, wie Studenten, Rentner oder Arbeitslose. Nicht selten zahlen Mitglieder den Grundbetrag, obwohl sie ein höheres Einkommen haben. Wer von der Politik Ehrlichkeit verlangt, sollte selbst die Beitragsehrlichkeit ernstnehmen. Er schadet sonst seinem eigenen Kreisverband am meisten.

Das gilt auch für den Aufwandsnachweis. Wer im letzten Jahr Ausgaben im Auftrag der Partei hatte und sei's nur die Fahrt zur Mitgliederversammlung, sollte Sie steuerlich geltend machen. **Ihnen** geht sonst bares Geld verloren. Auch der Landes- und Bundesverband erhält dadurch dringend notwendige Zuschüsse. Die Arbeit ist kurz, die Formulare erhalten Sie beim Kreisschatzmeister. Es ist im Übrigen nicht nur das Recht eines Mitgliedes, seine Aufwände nachzuweisen, ich halte es für eine notwendige Pflicht.

Geschäftsstellenräume aufgegeben und eine strenge Ausgabenkontrolle durchgesetzt. Auch der Landtagswahlkampf 2004 richtete sich danach. Den Wahlkämpfern war von vornherein klar, dass das durchgerechnete Budget von unter 100.000 Euro auch nicht in der Euphorie des heißen Wahlkampfes überschritten werden dürfe. Zum Vergleich, die Grünen verfügten in etwa über das dreifache Budget.

Unabhängig davon kündigte der im September neugewählte Schatzmeister Thies eine nochmalige Verschärfung der Finanzpolitik im Verband an. Dazu nahm er nicht nur die Aufarbeitung der Zahlen vor, sondern setzte sich mit den Finanzbeauftragten im Bund in Verbindung. Im Januar berief Thies eine Kreisschatzmeisterkonferenz. Das Ergebnis ist kurz wie auch knapp: Die Ausgabenbe-

selbstgebastelte Transparenz als Parteitagsskizze geben bestimmt nicht das beste Außenbild über die Fernsehbildschirme. Es gibt kaum noch Möglichkeiten. Alles, was wir jetzt noch senken, würde der Partei schaden.“ Also müsse die Einnahmenseite gestärkt werden. Der Blick fällt dabei oftmals auf Spenden und Sponsoren. Doch die ge-

und seine Vorstandskollegen mit den Kreisen im intensiven Austausch bleiben.

Aus dem Archiv...

Protokollvermerk
Das Protokoll der erweiterten LDP-Landesvorstandssitzung vom 6.6.1947 teilt mit, daß Landesvorsitzender Leonard Moog die mangelnde finanzielle Unterstützung der Parteiarbeit durch die Mitgliedschaft beklagte. Es sei beschämend, so der Landeschef, wie wenig gerade im bürgerlichen Lager für eine Partei aufgebracht werde. Die Mitglieder würden glauben, mit der Zahlung des Grundbeitrages ihre Schuldigkeit der Partei gegenüber getan zu haben, empörte er sich.
**Wie würde er sich wohl heute empören?
Denn manches ändert sich wohl nie.**

Liberal-Demokratische Partei - Nicht nur Geschichte

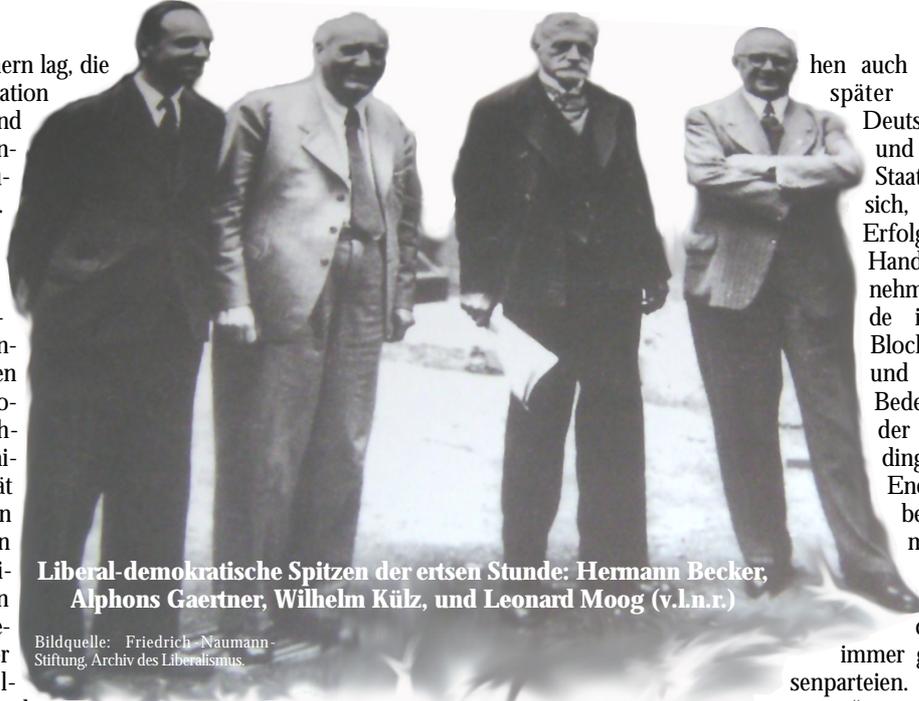
Von Patrick Kurth, Generalsekretär

Als Deutschland in Trümmern lag, die Tinte unter der Kapitulation noch nicht trocken war und an Politik kaum jemand denken wollte, ging es in Thüringen bereits zur Sache. Noch waren keine Parteien zugelassen. Politische Strukturen wurden schnell in örtlichen Antifa-Komitees gebildet. Besonders aktiv waren in ihnen Kommunisten, Sozialdemokraten und Bürgerlich-Liberale. Der hohe Organisationsgrad und die Agilität der linken Kräfte machten als Gegenbewegung in den Komitees liberale Partei-Strukturen notwendig. In Thüringen waren damit bereits Parteien noch vor ihrer offiziellen Zulassung gebildet. Eine Sondersituation be-

dingt durch die zunächst ungeklärte Besatzungsfrage zwischen Amerikanern und Sowjets, sowie der Aktivität der politischen Akteure. Mittelpunkt der liberalen Entwicklung war Weimar. Die dortige Gruppe aus ehemaligen DDP-Politikern um Leonard Moog und Alphons Gaertner bildete die Keimzelle der Landes-LDP, in Thüringen zunächst Deutsche Demokratische Partei genannt. Die DDP nahm noch vor der CDU ihre Arbeit auf, besetzte Vorstandsposten und gab sich ein Programm. Damit war sie die erste bürgerlich-demokratische Partei im Nachkriegsdeutschland. Leonard Moog wurde in Thüringen Landesvorsitzender und übernahm in der ersten Regierung für die Provinz Thüringen das Finanzressort.

Thüringen entwickelte sich für die deutschen Liberalen zu einer Hochburg. Gemessen an der Einwohnerzahl hatten die Thüringer Liberalen den höchsten Mitgliederbestand in ganz Deutschland. Bei den Kommunalwahlen 1946 stieg sie in zahlreichen Städten und Gemeinden zur stärksten Partei auf. Zur Landtagswahl im Oktober 1946 erhielt sie 28,5 Prozent. Darüber hinaus hatte die Thüringer LDP einen außerordentlich großen Jugendanteil, der zeitweilig auf über 40 Prozent anstieg. Ein Zeichen für die herausragende Stellung des Thüringer Landesverbandes: Bis 1952 wurden sämtliche Parteitage der Gesamtpartei in Thüringen durchgeführt.

Politisch wehrten sich die Liberalen gegen den Machtanspruch der SED und die da-



Liberal-demokratische Spitzen der ersten Stunde: Hermann Becker, Alphons Gaertner, Wilhelm Külz, und Leonard Moog (v.l.n.r.)

Bildquelle: Friedrich-Naumann-Stiftung, Archiv des Liberalismus.

ausfolgenden wirtschaftlichen und freiheitsrechtlichen Drangsalierungen. Keine andere Partei wandte sich derart deutlich von den Machthabern ab. Als einziger Verband hielten sie diesen Kurs bis in die 50er Jahre durch. Dabei konnten sich die Liberalen auf eine breite Basis an Zustimmung und Mandatsträgern berufen. Trotz zahlreicher Einschränkungen beim Kommunalwahlkampf 1946 stellte die LDP nach den Wahlen Oberbürgermeister in Apolda, Jena, Eisenach, Gotha und Weimar. In Erfurt lag die LDP zwar über 15 Prozent vor der SED, musste aber dem Druck der Sowjets nachgeben. Landesweit konnte die LDP 254 Bürgermeister stellen. Rechnerisch hätte sie Anspruch auf mehr Posten gehabt, allerdings reichten dazu ihre Personalkapazitäten nicht aus. Heute kaum vorstellbar: Die Bürger wählten die LDP in mehr Mandate, als sie Kandidaten hatte.

Nach 1947 nahmen die Repressalien zu:

„Wir wussten relativ schnell, wenn wieder einer verhaftet wurde. Zum Teil wurden Landtagsabgeordnete in der Kantine vom Mittagessen weg festgenommen.“, erinnert sich Georg Möbius. Er war damals Stadtverordnetenvorsteher in Jena, ein Amt, das eigentlich die SED beanspruchte. Eine Hochburg des politischen Widerstands war die Jenaer Universität. 1952 wurde der Vorsitzende der LDP-Hochschulgruppe, Hermann Marx, von der Staatssicherheit verhaftet und wegen Spionage und Boykotttätigkeit zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Wie viele andere flo-

hen auch Marx und Möbius später in den Westen Deutschlands. Der Druck und die Repressalien der Staatsmacht erhöhten sich, die Aussicht auf Erfolg des politischen Handelns schwand zunehmend. Die LDP wurde in die Riege der Blockparteien gedrückt und verlor erheblich an Bedeutung. Innerhalb der Mitgliedschaft allerdings herrschte bis zum Ende der DDR ein besonderer Zusammenhalt. „In kleinen Parteien ist die persönliche Bindung der Mitglieder immer größer, als in Massenparteien. Der Korpsgeist ist ausgeprägter.“, so ein Mitglied, das die

Zeit seit den 40er Jahren bis heute begleitet.

Nach der Wende traten übrigens Marx und Möbius wieder in die FDP Jena ein.

Nach 60 Jahren kann mit Stolz aber auch Genugtuung auf die Anfänge und Erfolge des Liberalismus im Nachkriegsthüringen zurückge-

blickt werden. Die FDP Thüringen wird ihren Landesparteitag im März unter die besondere Betrachtung des 60. Jahrestages der Gründung LDP stellen. Denn

die ersten zehn Jahre der LDP zwischen 1945 und 1955 bleiben für die Thüringer Liberalen eine herausragende Wurzel ihres Selbstverständnisses. Sie setzen einen moralischen Anspruch der im Vergleich zu anderen Parteien die FDP bis heute abgrenzt. Es ist nicht übertrieben, wenn das mutige politische Vorgehen der Nachkriegspioniere

als ein Grundstein des Liberalismus in Gesamtdeutschland bezeichnet wird. Zum Landesparteitag sollen Männer des Thüringer Nachkriegsliberalismus, wie Hermann Marx, Georg Möbius oder Alfred Bergner geehrt werden. Der Landesparteitag selbst ist in Weimar geplant, der Gründungsstadt der LDP Thüringen. Gerade in Zeiten schnellen Wandels, Verschiebung von Werten und stetiger Neubestimmung eigener Standorte sollte der Blick auf die Gründung der LDP Anlass genug sein, sich daran zu erinnern, dass die heutige Freiheit nicht selbstverständlich ist.



Hermann Marx

Nach 1947: Zunahme der Repressalien

In vielen Gemeinden stärkste Partei bei Kommunalwahlen

Interview mit Georg Möbius

Ein Liberal-Demokrat der ersten Stunde erinnert sich

ThL: Sie gehörten zu den Menschen, die bereits kurz nach dem Krieg politisch aktiv wurden. Wofür stand die LDP so kurz nach der Katastrophe?

Möbius: Für Frieden und Deutschland – für Gesamtdeutschland. Wir hatten kein Parteiprogramm, mit vielen Zustandsbeschreibungen, vielen Seiten und vielen Wahrheiten, also so ein allwissendes Buch. So ein Elaborat, das keiner liest, hatten wir nicht. Wir hatten drei mal drei kleine Worte nach denen wir uns gerichtet haben, die unser Leitgedanke waren: „Liberal im Denken, sozial im Handeln, deutsch im Fühlen.“ Diese Gedanken haben wir als gemeinsamen Leitfaden für unsere Arbeit genutzt. Damit waren wir erfolgreich und haben die Menschen angesprochen.

ThL: Sozial im Handeln – standen nicht KPD oder SPD für diese Parole?

Möbius: Nein, die waren sozialistisch. Das ist wieder was anderes.

ThL: Was anderes?

Möbius: Sozialisten reden von ‚sozial‘ und sind die größten Kapitalisten. Damals wie heute.

ThL: Die LDP erhielt trotz Einschränkungen durch die Kommunisten bei Wahlen immer an die 30 Prozent, bei Gemeinderatswahlen waren sie oftmals stärkste Partei. Weshalb waren die Liberalen so erfolgreich.

Möbius: Weil wir sozial waren, aber

keinen Sozialismus wollten. Weil wir trotz der

zwölf Jahre zuvor

deutsch waren,

im richtigen

Sinne wohlge-

merkt. Wir haben

uns für die

Frauen der

Kriegsgefangenen

eingesetzt. Die Sozial-

isten pflegten

ihre Ideologie,

statt sich um die

Menschen zu küm-

mern. Und wir haben

gekämpft. Im Volks-

haus in Jena habe ich vor

1.000 Menschen Otto Grothe-

wohl vorgeworfen: Ihr seid

keine Sozialdemokraten. Er

hat damals wenig entgegen-

gesetzt. Wir haben gekämpft

und damit den Menschen ge-

zeigt, dass wir gestalten wol-

len. Kampfgeist fehlt der Poli-

tik heute.

ThL: Warum war die LDP

erfolgreicher als die andere bür-

gerliche Partei CDU?

Möbius: Einerseits hat das

etwas mit der Konfession zu

tun. Die Liberalen standen den

Protestanten näher. Anderer-

seits hatte die LDP einen gu-

Georg Möbius



Unser Leitgedanke war: liberal im Denken, sozial im Handeln, deutsch im Fühlen

Wir wussten relativ schnell, wenn einer von uns verhaftet wurde

Thüringen Liberal ist nicht umsonst, ... aber kostenlos. Damit das so bleibt: Spenden - Werben - Anzeigen in Thüringen Liberal!

Möbius: Geprägt vom Aufbruch, von der gegenseitigen Hilfe und von einer besonderen Kameradschaft. Wir wussten relativ schnell, wenn einer von uns verhaftet wurde.

ThL: Und dadurch waren Sie auch nach außen erfolgreich?

Möbius: Wenn die Liberalen eine Veranstaltung machten, war der Saal voll. Wenn die SED was organisierte, mussten die Teilnehmer mit dem Taxi rangekarrt werden – übertrieben gesagt.

ThL: Welche Unterschiede gibt es aus Ihrer Sicht zwischen der Politik heute und damals?

Möbius: Obwohl oft das Gegenteil behauptet wird, glaube ich, dass das Klima damals rauer war. Heute wird doch mit Samthandschuhen Politik gemacht.

ThL: Und welche Hauptunterschiede besteht zwischen FDP und LDP?

Möbius: Die Frage der Liberalität. Liberalität ist etwas anderes als Liberalismus, wie er von der West-FDP geprägt wird. Die LDP war menschlicher, oder politisch gesprochen, sozialer. Das hat nichts mit dem Sozialismus zu tun, der von anderen bis heute vorgebetet wird. Ein weiterer Unterschied ist übrigens, dass der Kreisverband Jena mit Stadtröda, den ich damals geführt habe, 6.000 Mitglieder hatte.

ThL: Ist die LDP in der heutigen FDP Thüringen noch erkennbar?

Möbius: Natürlich. Wenn auf einem Verband Druck ausgeübt wird, ins Zuchthaus gesteckt werden, dann prägt das den Verband – auch 50 Jahre später mit einer komplett anderen Generation. Im Gegensatz

zu anderen Parteien oder westdeutschen FDP-Verbänden wurden bei uns doch viele Mitglieder verhaftet.

ThL: Das brachte Qualität?

Möbius: Nein, es hat geprägt. Qualität brachte es nicht, weil die freiheitlich-liberal Gesinnten entweder verhaftet wurden, in den Westen gingen oder sich stark zurücknahmen.

ThL: Und wie ist das mit der Qualität heute?

Möbius: Im Bundesverband kann man von Führungspersonen nicht mehr verlangen, als sie zu leisten in der Lage sind. Im Landesverband sind wir im Grunde auf guten Weg, wieder den Korpsgeist zu erlangen, den wir brauchen.

Liberales sind feine Kerle mit Charakter

ThL: Wofür standen Liberale damals und heute?

Möbius: Ich würde lieber fragen, was waren und sind Liberale? Es sind feine Kerle mit Charakter. In andern Parteien ist das anders.

ThL: Zum Schluss: Haben Sie damals auch Fehler gemacht?

Möbius: Sicher, sicher. Aber: Unter den Umständen, die damals herrschten, also den verlorenen Krieg, die Besatzung durch die Amerikaner, dann die Sowjets und die Desorientierung der Bürger, unter diesen Umständen gesehen würde ich trotzdem alles wieder so tun, wie damals.

ThL: Herzlichen Dank

(Das Gespräch führte Patrick Kurth)

Georg Möbius, Jenenser Urgestein, war während des Krieges Soldat, saß im Zuchthaus und war in der Endphase wieder Soldat. Nach Kriegsgefangenschaft trat er im August 1945 der LDP bei. 1953 entging er knapp durch Flucht in den Westen der Verhaftung, trat dort allerdings keiner Partei bei. Am 3. Oktober 1990 um 00.05 Uhr setzte er seine Mitgliedschaft bei der FDP Jena fort.

Liebe Leserinnen, liebe Leser, diese Ausgabe endet ausnahmsweise nicht mit einer Satire sondern mit Kultur. ThL weicht ins Künstlerisch-kreative aus. Hans J. Hoffmann stellt uns seine kürzlich beendete Shakespeare Übersetzung von Richard III. zur Verfügung. Die ausführliche Fassung kann demnächst unter www.fdp-thueringen.de runtergeladen werden. Bei der Übergabe war noch Zeit für ein Interview.

Hans J. Hoffmann im Gespräch

Zur Vollendung des ersten Aktes seiner Shakespeare-Übersetzung

ThL: Herr Hoffmann, warum übersetzen Sie Shakespeare?

Hoffmann: Ich glaube, der Mann, der unter dem Decknamen Shakespeare schrieb, hat zumindest der ganzen abendländischen Welt sehr viel zu sagen. Sie merken es an den Schauspielern. Wenn immer einer Shakespeare spielt, blüht er auf.

ThL: Und warum nicht Goethe oder Schiller?

H: Ins Englische? Dessen bin ich nicht genügend mächtig. Goethe und Schiller bearbeiten auch sehr deutsche Problematiken. Shakespeare aber ist im ganzen angelsächsischen Raum verbreitet. Und die Deutschen entdecken ihn periodisch neu.

ThL: Warum?

H: Die Deutschen neigen zu Verkrustungen. Sie sind nicht so leicht in Wallung zu bringen, wie die Welschen und nicht so kühn und freiheitsliebend wie die Angelsachsen. Man muß ihnen von Zeit zu Zeit die Seele in ihrer ganzen Nacktheit vorführen, damit sie begreifen.

Indem ich die Welt so „völkisch“ - Sie verzeihen bitte den Ausdruck - einteile, kann man natürlich einwenden, daß, bedingt durch Internet und die vielen internationalen Vernetzungen zumindest die zivilisierte Welt über einen Nationalcharakter allmählich hinausgerät. Zumindest bei den Multiplikatoren scheint das zunehmend die Tendenz zu sein. Das ist zum Erhalt der Welt wichtig, aber erst im Werden.

ThL: Und warum Richard III?

H: Gloster ist ein Herausgefallener. Er muß sich als Kriegsmann seinen Platz in der höfischen Friedensgesellschaft suchen. Eine wunderbare Identifikationsfigur für alle Arbeitslosen, Künstler und sonstigen Gescheiterten, z.B. Bergarbeiter aus dem

Kohlenpott.

ThL: Ist Gloster ein Liberaler?

H: Gut, dass sie nicht schon wieder „warum“ gefragt haben. Ich hätte sonst geantwortet: Weil die Banane krumm ist. Nein, er macht verschiedene Wandlungen durch. Vom Kriegsmann zum höchst erfolgreichen Intriganten (quasi Kompensation eines Minderwertigkeitskomplexes), zum König und schließlich zum Getriebenen. Mit politischer Richtung hat das ganze wenig zu tun. Einzelne Schicksale, wo es ähnlich läuft, findet man immer wieder. Sogar an Universitätsklimen in Thüringen.

ThL: ???

H: Nächste Frage.

ThL: Und warum wollen Sie dann, dass eine liberale Zeitung das druckt?

H: Wer sonst? Den Christen ist Shakespeare zu heidnisch, mit seinem Fortwabern der Geblütsdenke, den Sozialisten zu grausam und die Grünen haben, außer von Politik, von nichts

eine Ahnung.

ThL: Wie bitte???

H: Um sie zu beruhigen: Wer nur von Politik etwas versteht, versteht davon auch nichts.

ThL: Den Satz haben wir aber schon mal irgendwo gehört!

H: Ja, strukturell stammt er von Hanns Eisler, eine bewundernswerte und tragische Figur.

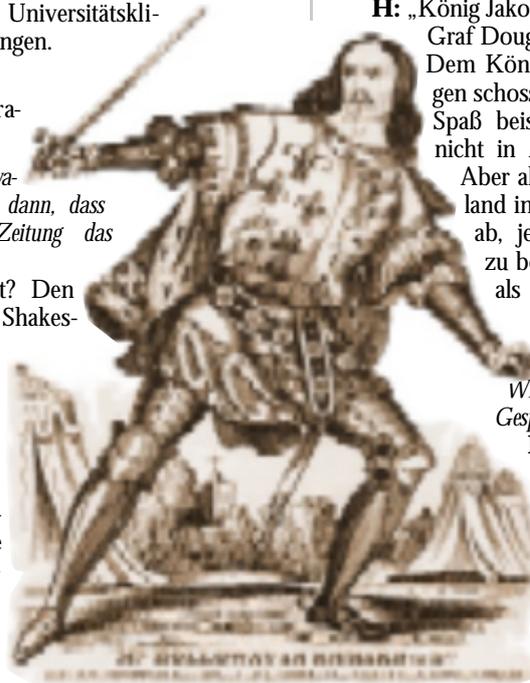
ThL: Eine letzte Frage noch: Warum verlangt Richard am Ende so verzweifelt nach einem Pferd?

H: „König Jakob saß auf hohem Ross, Graf Douglas grüßte tief, Dem König das Blut in die Wangen schoss,...“ Spaß beiseite, dass will ich gar nicht in Aussagesätzen erklären. Aber als Wilhelm II nach Holland ins Exil ging, lehnte er es ab, jemals wieder ein Pferd zu besteigen, obwohl er sich als Kaiser gerne hoch zu Roß zeigte.

ThL: Herr Hoffmann, Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

H: Bitte.

Das Gespräch führte Klaus-Dieter Landgraf.



Kostprobe aus der Übersetzung Richard III. - 1. Akt 4. Szene

Erster Mörder: Ich will Herzog Clarence sprechen und ich bin auf meinen Beinen hereingekommen!

Brakenbury: Wie? So kurz angebunden?

Zweiter Mörder: Besser zu kurz, als zu lang - angebunden. Zeig' ihm unsere Vollmacht, das reicht!

(Sie übergeben Brakenbury Glosters Vollmacht. Er liest sie.)

Brakenbury:

Man befiehlt mir hier von höchster Stelle Den Clarence euch zu übergeben.

Das alles hier und auf die Schnelle Als ging es ihm nun an sein Leben. Ich könnte lang darüber grübeln, Doch eine innre Stimme sagt, Das könnte man mir wohl verübeln. So komme denn, was kommen mag. Hier ist der Schlüssel, dort die Tür Ihr seht den Herrn im Stuhle ruhn. Am Besten ich entfernen' mich hier. Und werd' dem König Kunde tun.

Erster Mörder: Tut das mein Herr! Gehabt euch wohl!

(Brakenbury ab)

Impressum Thüringen Liberal

Hrsg.: Pressestelle der FDP Thüringen

Redaktion: Jost Hofmann, Patrick Kurth, Klaus-Dieter Landgraf

Leitung/Gestaltung/Grafik: Patrick Kurth

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen keine Redaktionsmeinung dar.

Fragen/Hinweise/Mitarbeit gem postalisch oder per Mail.

Anschrift der Redaktion: FDP Thüringen - Tschaikowskistraße 35 - 99096 Erfurt pressestelle-thueringen@fdp.de